

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:364697-2017:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Wolfsburg: Projektmanagement im Bauwesen
2017/S 178-364697**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Wolfsburger Schulmodernisierungsgesellschaft mbH
Heßlinger Straße 1-5
Wolfsburg
38440
Deutschland
Kontaktstelle(n): Stadtwerke Wolfsburg AG, Herr Puls
Telefon: +49 53611898272
E-Mail: Hendrik.Puls@stadtwerke-wob.de
Fax: +49 53611898249
NUTS-Code: DE913

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.stadtwerke.wolfsburg.de>

I.2) Gemeinsame Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.planungskultur.de/Ausschreibungen/index.html>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Fiebig Schönwälder Zimmer, Architektur + Stadtplanung
Bülowstr. 66
Berlin
10783
Deutschland

Kontaktstelle(n): Barbara Zimmer

Telefon: +49 3021751920

E-Mail: zimmer@planungskultur.de

Fax: +49 3021751859

NUTS-Code: DE300

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.planungskultur.de>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an folgende Anschrift:

Fiebig Schönwälder Zimmer, Architektur + Stadtplanung
Bülowstr. 66
Berlin

10783
Deutschland
Kontaktstelle(n): Barbara Zimmer
Telefon: +49 3021751920
E-Mail: zimmer@planungskultur.de
Fax: +49 3021751859
NUTS-Code: DE300
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.planungskultur.de>

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Andere: Unternehmen im Kommunalbesitz

I.5) **Haupttätigkeit(en)**
Andere Tätigkeit: Dienstleister im Bereich Sanierung und Modernisierung von Schulen, Kindergärten und öffentlichen Gebäuden

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Sanierung Schulzentrum Vorsfelde sowie Sanierung und Erweiterung Theodor-Heuss-Gymnasium Wolfsburg: Projektsteuerungsleistungen.

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71541000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die Wolfsburger Schulmodernisierungsgesellschaft mbH wurde von der Stadt Wolfsburg mit Baumaßnahmen am Schulzentrum Vorsfelde und am Theodor Heuss Gymnasium beauftragt. Mit Gründung der WSM 2009 wurden unter Bildung einer ÖPP bereits unterschiedliche Maßnahmen an den beiden Standorten durchgeführt. Um die Schulen zukunftsfähig zu machen, sollen im Rahmen des ÖPP nunmehr weitere Maßnahmen durchgeführt werden.

Das Schulzentrum Vorsfelde (SZV) vereint die Haupt- und Realschule Vorsfelde, das Phoenix Gymnasium und die Friedrich-von-Schiller-Schule (Sekundarbereich). Es handelt es sich um einen ein- bis dreigeschossigen Gebäudekomplex aus dem Jahr 1965, der kontinuierlich erweitert wurde (1969, 1976 und 2011).

Das Theodor-Heuss-Gymnasium (THG) wurde in den 1960er Jahren in Form einer Campusanlage errichtet und mehrmals erweitert. Es besteht aus mehreren durch überdachte Gänge verbundene zweigeschossige Trakte sowie drei Sporthallen, Bibliothekstrakt und Mensagebäude (2014).

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE913

Hauptort der Ausführung:
Wolfsburg.

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Im Einzelnen sollen folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

Schulzentrum Vorsfelde:

1. Brandschutzertüchtigung: Fortsetzung der Maßnahmen zur Erweiterung des Brandschutzes (Anlagenmodernisierung, Behebung bestehender Mängel im Bereich des Brandschutzes / erforderliche Ergänzungsmaßnahmen auf Basis des aktuellen Brandschutzkonzeptes) inkl. ggf. Modernisierung weiterer Anlagentechnik;

2. Fortsetzung Hagelschadensanierung: Sanierung Dachflächen Bauteile A, D, E, F, G, I, K, SP1 und SP 2 sowie Fassadensanierung Bauteil F.

3. Sanierung von zwei Sporthallen (3-Feld- und 2-Feld-Halle): Sanierung baulicher (Dach, Dämmung, Wand-, Decken- und Bodenbeläge) sowie anlagentechnischer Mängel (Heizung, Lüftung, Sanitär).

Theodor-Heuss-Gymnasium:

4. Brandschutzertüchtigung: Fortsetzung der Maßnahmen zur Erweiterung des Brandschutzes (Anlagenmodernisierungen, Behebung bestehender Mängel im Bereich des Brandschutzes / erforderlichen Ergänzungsmaßnahmen auf Basis des aktuellen Brandschutzkonzeptes) inkl. ggf. Modernisierung weiterer Anlagentechnik;

5. Erweiterung zur Umsetzung des G9: Errichtung eines eigenständigen Neubaus sowie bauliche Ergänzungen der Trakte 1 und 2 (Unterrichts- und Fachräume).

Die geplanten Baumaßnahmen zeichnen sich zusammenfassend wie folgt aus: 1. Gebäudetyp: Schule/ Sporthallen; 2. Art der Baumaßnahme: Bauen im Bestand und Neubau/Erweiterungsbau; 3. Geschätzte Baukosten (Kostengruppe 200- 700) netto insgesamt: rund 17 500 000 EUR; davon SZV rd. 12 200 000 EUR (erweiterter Brandschutz 2 600 000 EUR, Hagelschadensanierung 3 100 000 EUR, Sporthallensanierung 6 500 000 EUR) und THG rd. 5 300 000 EUR (erweiterter Brandschutz 1 300 000 EUR, Erweiterungsbauten 4 000 000 EUR).

Gegenstand des vorliegenden Vergabeverfahrens ist die Vergabe von Projektsteuerungsleistungen in Anlehnung an §2 AHO-Schriftenreihe Nr. 9 (Stand 2014) in den Handlungsfeldern A (Organisation, Information, Koordination und Dokumentation), B (Qualitäten und Quantitäten), C (Kosten und Finanzierung), D (Termine, Kapazitäten und Logistik) und E (Verträge und Versicherungen). Folgende Leistungen sollen vergeben werden: Projektstufen 1 bis 5 gemäß §2, nahezu alle Grundleistungen, sowie optional ausgewählte Besondere Leistungen (siehe auch Ziffer II.2.11. „Optionen“).

Die für die Maßnahme erforderlichen Planungs-/Beratungsleistungen (Objektplanung, Tragwerksplanung, Technische Ausrüstung, Bauphysik etc.) sollen separat vergeben werden; es soll eine gewerkweise Vergabe der Bauleistungen erfolgen.

Die Baumaßnahmen sollen abschnittsweise und bei laufendem Betrieb realisiert werden.

Innerhalb der Projektsteuerung muss flexibel auf die Erfordernisse der einzelnen Baumaßnahmen eingegangen werden. Es besteht eine gegenseitige Deckungsfähigkeit, die einen flexiblen Umgang – analog des kommunalen Investitionshaushaltes – ermöglicht. Eine losweise Vergabe der Projektsteuerungsleistungen ist daher nicht beabsichtigt. Die Vergabe erfolgt stufenweise ohne Rechtsanspruch auf die Beauftragung aller Leistungsstufen.

Folgende Unterlagen/Ausarbeitungen liegen vor und sind Bestandteil der Vergabeunterlagen, die im Internet abgerufen werden können (siehe Ziffer I.3): Ratsvorlage V 2017/0350 inkl. Anlagen 2-4; Voruntersuchung zur Sanierungswürdigkeit der Sporthallen am SZV (iwb Ingenieurgesellschaft mbH, Braunschweig 2015); Voruntersuchung zur Erweiterung des THG (Dohle + Lohse Architekten GmbH, Braunschweig 2016);

Brandschutzkonzepte (noch nicht genehmigt) SZV / THG (Dehne, Kruse Brandschutzingenieure GmbH & Co. KG, Gifhorn 2015 bzw. 2016); Vertragsentwurf inkl. Anlage 1 (spezifiziertes Leistungsbild); Erklärung zu § 4 Abs. 1 NTVergG (Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz vom 10/2013 – nur im Falle der Einladung zur Verhandlung vorzulegen!).

Zeitraumen: 1. Beauftragung der Projektsteuerungsleistungen: voraussichtlich 12/2017; 2. Geplante Baudurchführung: 2018 bis Sommer 2020; 3. Projektabschluss: im Nachgang.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Personaleinsatzkonzept (nach näherer Maßgabe der Vergabeunterlagen) /
Gewichtung: 80

Qualitätskriterium - Name: Strukturelle Herangehensweise (nach näherer Maßgabe der Vergabeunterlagen) /
Gewichtung: 50

Qualitätskriterium - Name: Fachtechnische Lösungsansätze (nach näherer Maßgabe der Vergabeunterlagen) /
Gewichtung: 45

Qualitätskriterium - Name: Präsentation/aus dem Bietergespräch gewonnene Eindrücke (nach näherer Maßgabe der Vergabeunterlagen) / Gewichtung: 10

Preis - Gewichtung: 50

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 37

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

(1) Die fristgerechte Vorlage der geforderten Nachweise, Erklärungen und der vollständig ausgefüllte Teilnahmeantrag gemäß Ziffern III.1.1, III.1.2 und III.1.3.

(2) Die Auswahl der Bewerber erfolgt auf Grundlage der zum Nachweis der Eignung geforderten Angaben, Erklärungen und Unterlagen mit einem Schwerpunkt bei den Referenzprojekten. Die maximale erreichbare Punktzahl beträgt 1.330 Punkte (Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit: 275 Punkte; Technische und berufliche Leistungsfähigkeit: 1.055 Punkte). Detaillierte Angaben zur Bewertung können dem Anhang zum Teilnahmeantrag entnommen werden.

(3) Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punkte für die Auswahl maßgebend. Falls die Zahl der Bewerber, die die Bedingungen erfüllen und eine entsprechende Punktzahl erreichen, die aufzufordernde Höchstzahl überschreitet (durch Punktgleichstand), wird der Bewerber, der an 5. Stelle angenommen werden soll, durch Losverfahren (unter den Bewerbern mit Punktgleichstand) ausgewählt.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

(1) Die Vergabe erfolgt stufenweise ohne Rechtsanspruch auf die Beauftragung aller Leistungsstufen. Mit dem Abschluss des Vertrages werden lediglich die Leistungen der Projektstufe 1 (Projektvorbereitung) und

der Projektstufe 2 (Planung) teilweise (bis Leistungsphase 3 der Planer), Handlungsfelder A bis E, beauftragt, soweit diese nach Ziffer II.2.4/spezifiziertem Leistungsbild für die Projektsteuerung Gegenstand der zu vergebenden Leistungen sind.

Die weiteren Stufen werden bei Fortsetzung der Planung und Ausführung der Maßnahmen einzeln oder im Ganzen schriftlich beauftragt. Aus der stufenweisen Beauftragung bzw. Nichtbeauftragung der weiteren Stufen ergibt sich kein Anspruch für den Auftragnehmer auf eine höhere bzw. zusätzliche Vergütung.

Wesentliche Voraussetzungen für die weitere Beauftragung sind die Einhaltung des vorgegebenen Kostenrahmens und der Termine, die Genehmigungsfähigkeit sowie die vorhandenen oder sich ggf. ändernden Finanzierungsgrundlagen.

(2) Optional Vergabe ausgewählter Besonderer Leistungen (s. Vergabeunterlagen – spezifiziertes Leistungsbild).

(3) Im Falle der Einladung zur Verhandlung/Angebotsaufforderung werden folgende Unterlagen zur Verfügung gestellt: Formblatt für Honorarangebot.

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Die unter Ziffer II.2.7 angegebene Vertragslaufzeit beinhaltet nicht die Gewährleistungszeit und ist als Zirka-Angabe zu verstehen.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Folgende aktuelle Nachweise/Erklärungen – bei Bewerbergemeinschaften von allen Mitgliedern – sind zwingend gefordert; bei Nichtvorlage/-abgabe oder unvollständiger Abgabe mit der Bewerbung – auch auf Nachforderung gemäß VgV §56 (2) – wird der Bewerber ausgeschlossen:

(1) Eigenerklärungen/Auflagen:

a) Soweit zutreffend: Vorlage eines Auszugs aus dem Berufsregister, gegebenenfalls Handelsregister oder einem vergleichbaren Register des Heimatlandes des Bewerbers (gegebenenfalls in Kopie) sowie Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Punkt 2) des Bewerbers, dass der Auszug den aktuellen Eintragungsstand wiedergibt.

b) Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Punkt 2) des Bewerbers, dass keine Ausschlussgründe gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) §123 und §124 vorliegen;

c) Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Pkt. 2) des Bewerbers, dass er im Auftragsfall die Versicherung gemäß Ziff. III.1.2 für die gesamte Vertragslaufzeit zur Verfügung stellt.

d) Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Punkt 3) des Bewerbers zu wirtschaftlichen Verknüpfungen.

e) Eigenerklärung zur Beruflichen Befähigung (Teilnahmeantrag Punkt 6) gemäß Ziffer III.2.1.

f) Beruft sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft zur Begründung seiner/ihrer Eignung auf die Kapazitäten anderer Unternehmen (Nachunternehmer), sind die betreffenden Nachunternehmer zu benennen (Teilnahmeantrag Punkt 1), Verpflichtungserklärungen der betreffenden Nachunternehmer nach §47 (1) VgV vorzulegen und die Erklärungen zu wirtschaftlichen Verknüpfungen (Unabhängigkeit/Zusammenarbeit) und gemäß §§123 und 124 GWB (über das Nichtzutreffen möglicher Ausschlussgründe) für die betreffenden

Nachunternehmer vorzulegen (Formblatt). Anderenfalls sind die unter dieser Ziffer geforderten Erklärungen und Nachweise für Nachunternehmer erst auf Verlangen des Auftraggebers vorzulegen.

(2) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bewerbergemeinschaften sind vor Angebotsabgabe nicht verpflichtet, eine bestimmte Rechtsform anzunehmen.

Bewerbergemeinschaften haben mit ihrer Bewerbung eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung (Bewerbergemeinschaftserklärung) unter zwingender Verwendung des für die Abgabe einer Bewerbung abzurufenden Formblattes (vgl. Ziff. VI.3 der Bekanntmachung) abzugeben,

— in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,

— in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,

— mit einer Erklärung, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,

— in der erklärt wird, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Mehrfachbeteiligungen, d.h. parallele Beteiligung als Einzelbieter und gleichzeitig als Gesellschafter einer Bietergemeinschaft, werden ausgeschlossen, sofern die betroffenen Bieter nicht nachweisen, dass die Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

(1) Umsatz:

a. Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Punkt 4.1) zum Netto-Jahresgesamtumsatz in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren.

b. Eigenerklärung zum Netto-Jahresumsatz in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren für Dienstleistungen im Leistungsbild Projektsteuerung im Sinne AHO-Schriftenreihe Nr. 9 (Stand 2014) §2.

Verweist der Bewerber zur Begründung seiner Eignung auf einen Nachunternehmer, so darf der Umsatz des Nachunternehmers nur entsprechend seines Anteils am Gesamtauftrag angegeben werden, wenn der Nachunternehmer diesen Umsatz mit vergleichbaren Leistungen erzielt hat (Ziff. III.1.1, Unterpunkt (1), (f), sind zu beachten).

(2) Geforderte Kauttionen/Sicherheiten:

Der Auftragnehmer hat im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 3 000 000 EUR je Schadensfall für Personenschäden sowie 5 000 000 EUR für sonstige Schäden nachzuweisen und für die gesamte Dauer des Vertrages aufrechtzuerhalten. Eine Erklärung, dass diese im Auftragsfall abgeschlossen wird, ist erforderlich (Teilnahmeantrag Punkt 2). Die Versicherungssumme muss jährlich mindestens 2-fach zur Verfügung stehen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Netto-Jahresumsatz im Mittel der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2014, 2015, 2016) für Dienstleistungen im Leistungsbild Projektsteuerung im Sinne AHO-Schriftenreihe Nr. 9 (Stand 2014) §2: Mindestanforderung größer/gleich 300 000 EUR netto pro Jahr im Durchschnitt.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

(1) Darstellung (Teilnahmeantrag 4.2) der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2016, 2015, 2014) jahresdurchschnittlich beschäftigten festangestellten Architekten und Ingenieure (Dr.-Ing., Dipl.-Ing. bzw. Bachelor/Master oder gleichwertiger Abschluss) mit größer/gleich 30 Wochenarbeitsstunden aufgeschlüsselt in Anzahl der Architekten und Ingenieure (inklusive Führungskräfte) im Leistungsbild Projektsteuerung im Sinne §2 AHO-Schriftenreihe Nr. 9 insgesamt sowie mit Berufserfahrung größer/gleich 5 Jahre.

(2) Darstellung (Teilnahmeantrag Punkt 1), welche Leistungen mit dem eigenen Büro und welche gegebenenfalls durch Nachunternehmer erbracht werden sowie deren Benennung.

(3) Für das in Ziffer II.1.4 und II.2.4 aufgeführte Leistungsbild sind aus einer Referenzliste (Teilnahmeantrag Pkt. 5.1) mindestens 2 und maximal 4 mit der Bauaufgabe vergleichbare Referenzprojekte vorzustellen (Teilnahmeantrag Pkt. 5.2.), die anhand der Auswertungsmatrix bewertet werden. Für die Wertungsfähigkeit der Referenzprojekte müssen jeweils folgende Unterangaben vollständig getätigt werden:

- Bezeichnung und Ort/Land des Bauvorhabens;
- Auftraggeber;
- Öffentlicher Auftrag im Sinne GWB §103;
- Bei Bewerbergemeinschaften/Nachunternehmern: Name des Auftragnehmers;
- Datum Abschluss Leistungsphase 8 im Sinne HOAI §34 (mindestens Übergabe an den Nutzer bzw. Betreiber);
- Projektkosten netto (Summe Kostengruppe 200-700 nach DIN 276);
- Schwierigkeitsgrad (Honorarzone[n] im Sinne §5 AHO-Schriftenreihe Nr. 9 [Stand 2014]);
- Art der Baumaßnahme (Neubau- und/oder Erweiterungsbaumaßnahme; Bauen im Bestand [Umbau- und/oder Modernisierungsmaßnahme bzw. Instandhaltungs- und/oder Instandsetzungsmaßnahme im Sinne HOAI §2]);
- Bearbeitete Projektstufen / Handlungsbereiche im Sinne §2 der AHO-Schriftenreihe Nr. 9.

Für die Bewertung der fachlichen Eignung sind außerdem Angaben zu folgenden Leistungen/ Projektmerkmalen zu tätigen (sofern zutreffend): Gebäudetypologie Schule [Allgemeinbildende Schule / Berufliche Schule, Sonderschule und/oder Weiterbildungseinrichtung]; Sportbau [Sporthalle und/oder Schwimmhalle]; Versammlungsstätte i.S. §2 MVStättV 2005, zuletzt geändert 2014; Dach- bzw. Hüllensanierung; Energetische Gebäudeoptimierungsmaßnahmen; (Ertüchtigungs-) Maßnahmen zur Gewährleistung der für das Projekt geltenden Brandschutzanforderungen; Steuerung mehrerer Projekte mit unterschiedlichen Planern und verschiedenen Standorten sowie gemeinsamer Budgetierung; innerstädtische Baustellensituation (besondere Anforderungen an Baustellenlogistik durch beengte/eingeschränkte Zugänglichkeit); Realisierung in mehreren Bauabschnitten; Realisierung bei laufendem Betrieb.

Der Bewerber muss die einzelnen Referenzprojekte auf je maximal 2 DIN-A4-Seiten in Form von Texten, Plänen, Fotos oder Skizzen weiterführend darstellen.

Referenzschreiben des Bauherrn/Betreibers, die den erfolgreichen Abschluss hinsichtlich der Kosten und/oder Termine, Qualitäten und Zusammenarbeit belegen, können der Bewerbung als Anlage beigefügt werden und können dann positiv in die Bewertung eingehen (keine Eigenerklärungen!). Der Auftraggeber behält sich vor, Erkundigungen beim Betreiber/Bauherrn einzuholen. Nicht in deutscher Sprache verfasste Referenzschreiben sind in deutscher Übersetzung vorzulegen.

Die Angaben zu den Referenzprojekten (Teilnahmeantrag Punkt 5) sind von der Bewerbergemeinschaft (inklusive Nachunternehmer, sofern zutreffend) insgesamt zu machen. Mitarbeiterreferenzen (auch von Büroinhabern als vormalige Mitarbeiter anderer Büros) sind nicht zugelassen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Folgende Mindestanforderungen sind zu erfüllen; Bewerbungen, die diese Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden vom weiteren Vergabeverfahren zwingend ausgeschlossen:

1. Anzahl der festangestellten Architekten und Ingenieure (inklusive Führungskräfte) mit ≥ 30 Wochenarbeitsstunden im Leistungsbild Projektsteuerung im Sinne §2 AHO-Schriftenreihe Nr. 9 insgesamt im Durchschnitt der letzten 3 Jahre: Mindestanforderung: größer/gleich 4 pro Jahr im Durchschnitt (davon mindestens 2 mit Berufserfahrung ≥ 5 Jahre).

2. Referenzen: Mindestanforderung, damit die Eignung zuerkannt werden kann: Gewertet werden nur Referenzen, die folgende Bedingungen erfüllen: Projektkosten (Summe Kostengruppe 200-700 nach DIN 276) größer/gleich 6,0 Millionen Euro netto, Fertigstellung Leistungsphase 8 im Sinne HOAI §34 [mindestens Übergabe an den Nutzer bzw. Betreiber] in den letzten 5 Jahren (im Zeitraum 09/2012 bis 08/2017). Für die mindestens 2 und maximal 4 Referenzprojekte, welche die vorgenannten Bedingungen erfüllen, gelten die folgenden weiteren Mindestanforderungen:

- a.) mindestens ein Referenzprojekt mit der Zuordnung „Öffentlicher Auftrag im Sinne GWB §103“;
 - b.) mindestens ein Referenzprojekt mit Projektkosten (Summe Kostengruppe 200-700 nach DIN 276) größer/gleich 12 000 000 EUR netto;
 - c.) mindestens ein Referenzprojekt mit der Zuordnung Bauen im Bestand, hier: überwiegend Umbau- und / oder Modernisierungsmaßnahmen im Sinne HOAI 2013 §2;
 - d.) mindestens ein Referenzprojekt mit der Zuordnung Neubau- und/oder Erweiterungsbaumaßnahme im Sinne im Sinne HOAI 2013 §2;
 - e.) durch die Summe der Referenzprojekte müssen die Projektstufen 1 bis 5 in den Handlungsbereichen A, B, D und E im Sinne §2 AHO-Schriftenreihe Nr. 9 (2014) mindestens einmal abgedeckt sein;
 - f.) mindestens zwei Referenzprojekte, bei denen die Projektstufen 2 bis 5 im Handlungsbereich C (Kosten und Finanzierung) im Sinne §2 AHO-Schriftenreihe Nr. 9 (2014) durchgängig erbracht wurden.
- Alle Mindestanforderungen müssen in einem oder mehreren Referenzprojekten (maximal 4) erfüllt sein, die Kombination dabei ist beliebig.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Teilnahmeberechtigt sind Architekten und Ingenieure (VgV §75 (1-3) in Verbindung mit VgV §44):

- (1) Natürliche Personen werden zugelassen, wenn sie nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Architekt oder die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen oder wenn sie berechtigt sind, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt oder Ingenieur tätig zu werden.
- (2) Juristische Personen werden zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen gemäß dem vorstehenden Absatz benennen.
- (3) Bei Bewerbergemeinschaften muss mindestens ein Mitglied je Leistungsbereich die Anforderungen erfüllen, die an natürliche oder juristische Personen gestellt werden.

Eine Eigenerklärung gemäß vorstehender Festlegungen erfolgt im Teilnahmeantrag.

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

- (1) Die örtliche Präsenz in Wolfsburg während der Planungs- und Bauzeit ist in engen Intervallen gemäß Erfordernis sicherzustellen. Die Realisierung erfolgt bei laufendem Betrieb / in Bauabschnitten. Die personelle Kontinuität bezüglich der Präsenz vor Ort ist möglichst sicherzustellen.
- (2) Bürgerliches Gesetzbuch (BGB).
- (3) Gesetze, Verordnungen und sonstige Vorschriften des Landes Niedersachsen (siehe u.a. http://www.ms.niedersachsen.de/themen/bauen_wohnen/oeffentliches_planungs_baurecht/13765.html) sowie ergänzende Vorschriften und Regeln.
- (4) Berufshaftpflichtversicherung gemäß Ziffer III.1.2.
- (5) Der Bewerber darf bei Vertragsausführung nur Personen einsetzen, die eine Erklärung gemäß §1 Verpflichtungsgesetz abgeben.
- (6) Vertrag inkl. Anlagen.

(7) Austausch von CAD-Daten gemäß Pflichtenheft der Stadt Wolfsburg.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 13/10/2017

Ortszeit: 14:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

(1) Die insb. in Ziffer III.1.1 bis III.1.3 geforderten Erklärungen und Angaben werden im Rahmen der zu verwendenden Formblätter (Teilnahmeantrag und, sofern zutreffend, Bewerbergemeinschaftserklärung sowie Erklärung des Nachunternehmers) präzisiert und abgefordert und sind nicht separat zu erklären/abzugeben.

Bei den Formblättern handelt es sich um interaktive PDF-Dateien zum maschinellen Ausfüllen, die im Internet (s. Ziff. I.3) heruntergeladen werden können. Die Formblätter sind – in deutscher Sprache gut lesbar – vollständig auszufüllen, an den entsprechenden Stellen zu unterschreiben und bis zu der in Ziff.

IV.2.2 genannten Frist einzureichen, ansonsten wird der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft zwingend ausgeschlossen.

Im Falle einer Bewerbergemeinschaft sind die Angaben für das sich bewerbende Team als Ganzes vorzunehmen. Je Bewerbung ist nur ein Teilnahmeantrag zugelassen. Der bevollmächtigte Vertreter füllt den Teilnahmeantrag aus und unterschreibt den Teilnahmeantrag.

Zur Abgabe der Bewerbung entsprechend Ziffer IV.2.2 ist ein Papierexemplar der Formblätter einschließlich der zusätzlich geforderten Nachweise in einem verschlossenen Umschlag, der außen mit dem Vermerk „Sanierung

Schulzentrum Vorsfelde / Theodor-Heuss-Gymnasium Wolfsburg, VgV PS – Teilnahmeantrag – Bitte nicht öffnen“ gekennzeichnet ist, bis zu der in Ziff. IV.2.2 genannten Frist einzureichen. Das Fehlen der Unterschrift auf dem Teilnahmeantrag führt unmittelbar zum Ausschluss aus dem weiteren Verfahren.

Die Nichtvorlage bzw. die Vorlage nicht vollständiger Unterlagen, Erklärungen und Nachweise – auch auf Nachforderung gemäß VgV §56 [2] – hat den zwingenden Ausschluss des Bewerbers/der Bewerbungsgemeinschaft vom weiteren Verfahren zur Folge.

Die Bewerbungsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber. Ein Anspruch auf Kostenerstattung besteht nicht.

(2) Unter der in Ziff. I.3 genannten Internetadresse können alle Vergabeunterlagen (Formblätter [siehe oben], inkl. Bewertungsmatrix Stufe 1, Zuschlagskriterien, sowie die in Ziffer II.2.4 aufgeführten Unterlagen) sowie Änderungen/Ergänzungen zur Bekanntmachung und ähnliches wie auch die weiteren Auskünfte abgerufen werden. Bewerber sind verpflichtet, sich eigenständig die Informationen dort zu verschaffen.

(3) Weitere Auskünfte sind nur auf schriftliche Anfrage – unter der Projektbezeichnung „Sanierung Schulzentrum Vorsfelde / Theodor-Heuss-Gymnasium Wolfsburg, VgV PS – Rückfragen“ – per E-Mail an die in Ziff. I.3 genannte Adresse erhältlich. Die Fragen sind so zu formulieren, dass eine klare Antwort möglich ist. Zur Gewährung des gleichen Informationsstandes aller potentiellen Bewerber werden die anonymisierten Anfragen / Antworten im Internet (s.o.) kontinuierlich veröffentlicht. Es werden nur Anfragen zugelassen und beantwortet, die so rechtzeitig eingehen, dass der Auftraggeber 6 Tage vor Ablauf der Bewerbungsfrist die zusätzlichen Auskünfte erteilen kann (VgV § 20 (3), Unterabsatz 1).

(4) Hinweis zu Ziffer II.2.5 Zuschlagskriterien: je Kriterium werden 0, 1, 3 und 5 Punkte vergeben (näheres siehe Vergabeunterlagen). Es können insgesamt maximal 235 Punkte erreicht werden (Details s. Vergabeunterlagen, hier: Zuschlagskriterien/Wertungsmatrix Stufe 2). Bewertung der Honorarangebote: 5 Punkte erhält das Angebot mit dem niedrigsten Preis, 0 Punkte erhalten Angebote mit dem 1,75-fachen oder mehr als dem 1,75-fachen des niedrigsten Preises. Die Punktzahl errechnet sich im Übrigen dann wie folgt: $0 + 5 \times (\text{niedrigster Preis} \times 1,75 - \text{Preis}) / (\text{niedrigster Preis} \times 1,75 - \text{niedrigster Preis})$.

(5) Der Bauherr beabsichtigt im Rahmen der Verhandlung (Zuschlagsverfahren) die Frist für die Einlieferung der Honorarangebote im Einvernehmen mit den Bietern auf 15 Tage festzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag gemäß VgV §17 (11) auf der Grundlage des Erstangebotes zu erteilen.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Niedersachsen beim niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Auf der Hude 2

Lüneburg

21339

Deutschland

E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Fax: +49 4131152943

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der Bieter/die Bieterin den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß § 62 VgV. Vergaberechtsverstöße sind vom Antragsteller eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer gegenüber der Vergabestelle zu rügen. Gemäß §160 (3) GWB ist ein Antrag auf ein Nachprüfungsverfahren unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Gemäß §135 (2) GWB kann eine Unwirksamkeit eines Vertrages nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Niedersachsen beim niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Auf der Hude 2

Lüneburg

21339

Deutschland

E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Fax: +49 4131152943

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

12/09/2017